



## KRIEGE STOPPEN FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN

Mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen am 1.9.1939 begann der zweite Weltkrieg, der für Millionen Menschen Tod, Verwundung, Vertreibung, Hunger brachte. In den Jahren zuvor wurde massiv aufgerüstet. Gleichzeitig wurden Feindbilder geschaffen, die den Einsatz der militärischen Mittel rechtfertigen sollten. Das Ende war die Zerstörung der überfallenen Staaten und des eigenen Landes. Im Gedenken an die Opfer findet seit 1957 am 1.9. der Antikriegstag statt. Der Bundeskongress des DGB 1966 bekräftigte "...alles Erdenkliche zu unternehmen, damit des 1. September in würdiger Form als eines Tages des Bekenntnisses für den Frieden und gegen den Krieg gedacht wird."

Was bedeutet heute ein „Bekenntnis für den Frieden und gegen den Krieg“? Der DGB Frankfurt sagt im Aufruf zum Antikriegstag 2017: „Kriege, Hunger, Armut und Umweltzerstörung mit ihren schrecklichen Folgen werden von Menschen gemacht. Sie müssen von Menschen auch wieder beendet werden.“

### Wieder wird aufgerüstet

Die Bundesregierung will den Wehretat in den nächsten Jahren fast verdoppeln auf 60 bis 70 Mrd. Euro. 2016 stieg er bereits um acht Prozent, die Renten im Westen dagegen nur um 1,9%.

Selbst direkte Verfügung über Atombomben wird immer offener angestrebt. Deshalb ist Deutschland im Juli den UN-Verhandlungen für ein völkerrechtliches Verbot von Atomwaffen ferngeblieben und will den historischen Vertrag nicht unterschreiben. Aber der Besitz von Atomwaffen gaukelt Sicherheit nur vor: je größer die Atomwaffenpotentiale, desto größer die Gefahr eines Einsatzbefehls durch Politiker wie Donald Trump, der schon im Wahlkampf gesagt hat: "Wenn wir Atomwaffen haben, warum setzen wir sie nicht ein?" Die Opfer eines Erstschlages unterscheiden sich dann nicht von den Opfern des Vergeltungsschlages.



## Wieder werden Kriege geführt

„Nie wieder Krieg“ war nach dem zweiten Weltkrieg allgemeiner Konsens. Heute ist Deutschland immer stärker an militärischen Konflikten beteiligt.

Deutsche Konzerne profitieren vom Waffenexport, der in aller Welt militärische Konflikte anheizt: ein großer Teil geht direkt in die Krisenregionen des Nahen und Mittleren Ostens. Saudi-Arabien führt damit den erbarmungslosen Krieg im Jemen, der inzwischen zu der größten bisher bekannten und nicht zu kontrollierenden Choleraepidemie geführt hat. In Saudi-Arabien und Bahrain werden auch innenpolitische Unruhen der schiitischen Minderheit mit deutschen Waffen niedergeschlagen.

Inzwischen beteiligt sich die Bundeswehr auch wieder direkt an Kriegen. Die meisten erscheinen uns als Kriege niedriger Intensität, denn sie spielen sich weit weg ab und die grausame Realität für die Betroffenen wird aus den Medien ferngehalten. Afghanistan macht deutlich, dass die NATO-Militärstrategie nicht zu friedlichem Wiederaufbau geführt hat, sondern zu Not, Verarmung und wachsender Unsicherheit. Auch in keinem anderen Staat haben Sanktionen und Kriege die Verhältnisse stabilisiert, sondern Elend und Flucht hervorgerufen. Der gegenwärtige Ausbau der EU zur militärischen Festung wird das Flüchtlingselend nicht mindern, sondern in die Wüste verlagern, unsichtbar für die Öffentlichkeit. Auf diesem Boden werden terroristische Reaktionen weiter gedeihen und auch Deutschland nicht verschonen.

## Wir brauchen Alternativen, bevor es zu spät ist

Die Zuspitzung all dieser Konflikte birgt das Risiko neuer Kriege auch in Europa. Wir brauchen zu unserer Sicherheit eine Wende in der Politik zu internationalem Dialog, weltweiter Abrüstung und friedlicher ziviler Konfliktlösung in einem auf Ausgleich basierendem System gemeinsamer Sicherheit. Nur wenn breite Teile der Öffentlichkeit dies fordern, wird Deutschland echte „Verantwortung in der Welt“ wahrnehmen und

- **Renten erhöhen statt Rüstungsausgaben**
- **Auslandeseinsätze beenden**
- **Rüstungsexport beenden**
- **US-Militärbasen und Atom-Stützpunkten auf deutschem Boden die Zustimmung verweigern**

V.i.S.d.P.: J. Land, Am Stadtgarten 29, 44575 Castrop-Rauxel

## Wieder werden Feindbilder aufgebaut

Immer wurden Kriege durch Feindbilder vorbereitet und mit Lügen begonnen: so waren die Massenvernichtungswaffen, die 2003 den Überfall auf den Irak rechtfertigten, niemals vorhanden. Grund genug, die Berichterstattung in den Medien über aktuelle Konflikte nicht kritiklos für die Wahrheit zu halten.

Denn auch aktuell werden alte Feindbilder wiederbelebt. Schwarz-Weiss-Malerei macht z.B. die westlichen Regierungen zu den Guten und die russische Regierung, bzw. Putin persönlich zum „bösen Aggressor“. Als Beweis dient immer wieder die "völkerrechtswidrige Annektierung" der Krim. Wer erinnert sich noch, dass die Bevölkerung in einer Volksabstimmung mehrheitlich für einen Anschluss an Russland gestimmt hat?

Wer erinnert sich noch an die Zusagen, dass die NATO sich nach der Auflösung des Warschauer Paktes nicht nach Osten ausdehnen würde? Lange vor dem Anschluss der Krim an Russland rückte sie immer weiter vor bis an die Grenzen Russlands, ohne dass in den Medien jemals thematisiert wurde, dass dies für Russland eine Bedrohung darstellt. Genauso wenig berücksichtigt wurden Russlands Initiativen für eine Lösung auf diplomatischem Weg, welche die Sicherheitsinteressen beider Seiten berücksichtigt.

Auch wer daran erinnert, wird heute als „Putinverstehler“ abgetan und im Freund-Feind-Schema der Gegenseite zugeordnet, obwohl er zur Vernunft aufruft und das universelle Menschenrecht auf Leben ganz im eigentlichen Sinn der westlichen Werte verteidigt.

